Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Dienstag, den 28. Januar 1879. Nr. 46.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate Februar und März für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 1 Mark, für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 M. 35 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.

Die Redaktion.

Deutschland.

** **Berlin**, 27. Januar. Aus dem Abgeordnetenhause waren Wünsche an die Regierung gelangt, welche zum Zweck einer erschöpfenden Behandlung der zu erledigenden Aufgaben, namentlich des Staatshaushaltes, eine Hinausschiebung der Eröffnung des Reichstages um noch eine Woche anstrebten, damit so lange ein gleichzeitiges Tagen beider Körperschaften vermieden werde. Die Berufung des Reichstags würde bei Erfüllung dieser Wünsche erst nach dem 20. Februar haben erfolgen können. Die Regierung ihrerseits hat die Wünsche des Abgeordnetenhauses in erneute eingehende Erwägung gezogen, hat aber schließlich bei dem schon festgesetzten Termin der Reichstags-Eröffnung stehen bleiben müssen, vor allem mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit, den Reichshaushalt bis zum 1. April festgestellt zu sehen. Die Erledigung der Arbeiten des Abgeordnetenhauses findet inzwischen durch die Berathungen der Budgetkommission eine unerwartete Verzögerung, woran theilweise, aber auch nur theilweise die erst jetzt eingegangene Vorlage des Nachtrages zum Justizetat beigetragen haben mag. Auch die Vorberathung der anderweit der Budgetkommission überwiesenen Gegenstände und die allgemeinen Erwägungen für den Generalbericht sind weit langsamer vorgerückt, als angenommen war. So wird denn freilich der wichtigste Theil der Budgetberathungen im Hause erst kurz vor der Reichstagseröffnung beginnen können.

Die Nachricht, daß das Staatsministerium sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage des Tabaksmonopols beschäftigt habe, ist irrthümlich.

Heute Mittag traten die Ausschüsse des Bundesraths für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr zusammen, um den Bericht der Tabaksenquete-Kommission in Berathung zu ziehen.

Die Eisenenquete-Kommission hat am Sonnabend ihre Arbeiten zum Abschluß gebracht und wird demnächst ihren Bericht in das Reichskanzleramt, beziehungsweise an den Bundesrath gelangen lassen.

Berlin, 27. Januar. Die Nachricht, daß das Staatsministerium in seiner Freitagssitzung sich mit der Tabaksbesteuerung beschäftigt habe, hat zu der Mittheilung Veranlassung gegeben, daß ein Beschluß auf Annahme des Tabaksmonopols gefaßt worden sei. Diese Angabe ist jedoch nicht zutreffend. Wie die „Nat.-Ztg." von wohlunterrichteter Seite vernimmt, hat das Staatsministerium sich gegen das Tabaksmonopol und für die Gewichtssteuer ausgesprochen und dem Finanzminister die Ausarbeitung einer betreffenden Vorlage überlassen.

— Die Budgetkommission wird heute über die Quotisirungsfrage verhandeln. Es liegen derselben von nationalliberaler Seite zwei Anträge vor, die durch die Abgeordneten Rickert und Benda eingebracht sind. Der Antrag Rickert zerfällt in zwei Theile, von denen der eine die formelle Stellung der Verwendung von Ueberschüssen des Staatshaushalts überhaupt in Preußen ohne Rücksicht auf die Quelle, woher sie rühren, fordert, und zwar durch eine Aenderung des Gesetzes von 1873 über die Kontingentirung der Klassensteuer dahin, daß Klassen- und Einkommensteuer als bewegliche Einnahmepositionen der jährlichen Bewilligung des Landtages unterliegen sollen. Es geht dieser Antrag insoweit über die von Herrn Hobrecht in Aussicht gestellten Konzessionen hinaus, als er eine dauernde, auf Gesetz begründete Einnahmebewilligung des Landtages rücksichtlich der beiden genannten Steuern fordert, und als Motiv für die Verringerung derselben nicht blos Ersparnisse an den Matrikularbeiträgen oder Ueberschüsse des Reichshaushalts zuläßt, sondern auch alle anderen Mehreinnahmen, welche unabhängig von dem Reichshaushalt in Preußen hervortreten, durch Ermäßigung der direkten Steuern ausgleichen will.

Der zweite Theil des Antrages bezieht sich auf die Steuerreform des Reiches zum Zwecke der Vermehrung der eigenen Einnahmen desselben und spricht aus, daß die Durchführung derselben nur dann im preußischen Interesse liege, wenn die Verwendung der daraus für Preußen erwachsenden finanziellen Vortheile zur Herabminderung der eigenen direkten Steuerlast gesichert ist. Diese Erklärung giebt der Tendenz Ausdruck, welche das preußische Ministerium und die preußischen Reichstagsmitglieder in Vertretung der preußischen Interessen dem Reiche gegenüber zu beobachten haben.

Die Rickert'schen Anträge haben folgenden Wortlaut:

„1) Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären: Mit Rücksicht darauf, daß die von den jährlichen Etatsfestsetzungen unabhängigen, aus den Betriebsverwaltungen des Staats fließenden Einnahmen erfahrungsgemäß erheblichen Schwankungen unterworfen sind und — daß in günstigen, große Ueberschüsse aus den Betriebsverwaltungen liefernden Jahren eine anderweitige Ermäßigung der Einnahmen nothwendig ist, dagegen bei der gegenwärtigen Unbeweglichkeit sämmtlicher direkten Steuern die Gefahr einer unverhältnißmäßigen, über das normale Maß hinausgehenden Steigerung der Ausgaben vorliegt; erscheint es im Interesse einer geordneten Finanzwirthschaft geboten: das Gesetz vom 25. Mai 1873, betreffend die Klassen- und Einkommensteuer, dahin abzuändern, daß es ermöglicht wird, in dem Staatshaushaltsetat jährlich so viel an Klassen- und Einkommensteuer in Ansatz zu bringen, als zur Deckung des jeweiligen Ausgabebedarfs erforderlich ist.

2) Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären: Die im Interesse des deutschen Reichs und Preußens angestrebte Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs liegt nur dann im preußischen Staatsinteresse, wenn die volle Gewähr dafür gegeben wird, daß der hierdurch, sei es durch Herabminderung der Matrikularbeiträge unter den gegenwärtigen Stand, sei es durch direkte Ueberweisung verfügbarer Einnahmen vom Reich, für Preußen disponibel werdende Betrag, in so weit über denselben nicht mit Zustimmung der Landesvertretung eine anderweitige Verfügung getroffen ist, jährlich unverkürzt zur Herabminderung der Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer verwendet werde."

Ferner liegt vor folgender event. Antrag des Abgeordneten von Benda:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen zu erklären: 1) Die Bewilligung erhöhter Steuern im Reiche hat zur nothwendigen Voraussetzung die vorgängige Sicherstellung des Einverständnisses der preußischen Regierung und Landesvertretung über das Recht des preußischen Abgeordnetenhauses, soweit durch jene Steuern der diesseitige Matrikularbeitrag unter das Maß des Staatshaushalts von 1879/80 herabsinkt, oder aus den Reichseinnahmen verfügbare Mittel an Preußen überwiesen werden, in gleichem Betrage den Einnahme-Etat an Klassen- und klassifizirten Einkommensteuern im Wege der Etatsfeststellung herabzusetzen, sofern nicht über die Verwendung der bezüglichen Mittel anderweite Vereinbarung zwischen der Staatsregierung und der Landesvertretung stattfindet.

2) Eine durchgreifende Reform der Personalsteuern, bei welcher die gleichmäßige Einschätzung zu diesen Steuern durch ein sachgemäßes und wirksames Einschätzungsverfahren sichergestellt wird, ist ebenso nothwendig als dringlich.

— Mit der Vorlage des Nachtragsetats der Justizverwaltung, wie sie bereits morgen das Abgeordnetenhaus in erster Lesung beschäftigen wird, ist eine der letzten Vorbereitungen für das große Datum des 1. Oktobers getroffen worden. Das Abgeordnetenhaus wird voraussichtlich, wie bereits mitgetheilt, die Vorlage der um sieben Mitglieder zu verstärkenden Budgetkommission überweisen. Aber darüber darf man sich wohl keiner Illusion hingeben, daß im Ganzen und Großen die Vorlage eben in dem Rahmen der Gesetz-Vorlage zur Annahme kommen wird und darüber hinaus gehende Hoffnungen und Entwürfe wenig Aussicht auf Realisirung haben. Wir glauben jedoch unterstellen zu können, daß einzelne Ansätze einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden. So sind für die Präsidenten der Oberlandesgerichte, den höchsten Posten, der in der preußischen Rechtsprechung überhaupt noch zu erreichen ist, den obersten Justizbeamten einer Provinz, 11,400 Mark mit freier Wohnung angesetzt, während die Oberpräsidenten einen Gehaltssatz von 21,000 M. haben.

Innerhalb der Maximalgrenzen der Gehalte der einzelnen Beamten-Kategorien mögen vielleicht auch Verschiebungen stattfinden, welche die Grenzen mehr nach oben richten. Wie es kein Geheimniß mehr sein kann, hat der Etat, wie ihn der Justizminister aufgestellt hatte, mit dem, wie ihn das Staatsministerium genehmigte, zwar große Familienähnlichkeit, aber doch einige charakteristische Züge mehr. Dieselben sind, soweit sie der Justiz günstig waren, aus mancherlei Rücksichten, aus finanziellen wie aus dem ewigen Wechselstreit der verschiedenen Dienstzweige, verwischt worden. Der jetzt vorgelegte Etat weist als eine seltene Erscheinung eine Ersparung von drei Millionen Mark gegen das seitherige Bedürfniß auf; es kommt das wesentlich daher, daß etwa 500 Richterstellen in Wegfall kommen. Diese drei Millionen werden allerdings erst in Zukunft der Staatskasse zu Gute kommen, da sie zunächst noch in Pensionen, Dispositionsgehältern und Wartegeldern ihre Verwendung finden. Eine Ersparung in der Justizorganisation zu machen, ist aber sicher das Land nicht gewillt; es ist daher auch für die Budgetkommission und demnächst für das Abgeordnetenhaus die Möglichkeit gegeben, innerhalb des Rahmens des seitherigen Bedürfnisses besondere Anstände zu beheben. Was die Kosten betrifft, die sich an das neue Verfahren überhaupt knüpfen werden und die schließlich, ob sie in Gehaltsätzen oder in Gebühren und Taxen zum Ausdruck kommen, doch sämmtlich aus der Tasche der Steuerzahler getragen werden müssen, so läßt sich trotz höherer Gebühren und Taxen ein Vergleich mit den heutigen Zuständen noch nicht ziehen. Es wird Alles davon abhängen, wie die Maschine arbeitet, denn wenn irgendwo, ist bei der Schnelligkeit der Entscheidung und Exekution Zeit gleich Geld. Kleine Ersparungen, welche die Güte des Instrumentes nach einer oder der anderen Seite in Frage stellen würden, können hiernach sicher nicht auf die öffentliche Gunst rechnen.

— Mit begreiflicher Spannung öffnet man unter den gegenwärtigen Umständen die russischen Zeitungen, indeß nur um einzusehen, daß der Pest gegenüber das „große Schweigen", diese echt russische Institution, mit einer Hartnäckigkeit beobachtet wird, die ohne Frage etwas Beunruhigendes hat. Die Zeitungen haben die Ordre bekommen, „von der Pest nichts zu wissen", und die gut gesinnten befolgen diese Ordre denn auch strikte, während die minder unbedingt folgenden wenigstens hier und da einige Mittheilungen machen. Im Großen und Ganzen finden wir in russischen Blättern nichts anderes, als ein nichtssagentes offizielles Telegramm aus Astrachan.

Wichtiger als dieses ist die Mittheilung, daß hier in Berlin im Kriegsministerium bereits ein Plan ausgearbeitet ist zur Ausführung der Absperrung eines Grenz-Kordons zur Abwehr der asiatischen Pest. Die erheblichen Ansprüche an Mannschaften können natürlich nicht durch die Garnisonen der Grenzstädte gedeckt werden; es dürfte sich deshalb um die Heranziehung eines nicht unbedeutenden Kontingents des 1., 2., 5. und 6. Armeekorps nach Grenzorten, woselbst die Mannschaften nach einer gewissen Zeit von dem anstrengenden Dienst abzulösen sind, handeln.

Ueber das Vordringen der Pest weiter nach Westen liegen folgende theils bestätigte, theils allerdings noch nicht bestätigte Nachrichten vor:

Aus Pest wird das Gerücht mitgetheilt, daß in Siebenbürgen ein Pestfall (?) vorgekommen sei. Es erzählt nämlich das Journal „Füg. Hirlap", daß der in Klausenburg erscheinende „M. Polgar", wenngleich mit aller Reserve, mittheile, daß aus M.-Vasarhely die Nachricht komme, es sei im Szeklerland, in Gyergyo-Ditvo, Jemand an der Pest gestorben. „Füg. Hirlap" fügt dem hinzu, die Wahrscheinlichkeit spreche dafür, daß die Nachricht übertrieben sei, und der Betreffende werde wohl an etwas Anderem gestorben sein; nichtsdestoweniger findet er die Nachricht, die schon mehrere Tage alt sein muß, beunruhigend, weil auch im vorigen Jahrhundert die Pest über Gyergyo-Ditvo in's Land gedrungen sei.

Dem „N. W. T." wird zur Illustrirung des russischen Vorgehens Folgendes mitgetheilt:

In der Kreisstadt Rusa im Gouvernement Moskau erkrankten in der zweiten Januarwoche mehrere Soldaten der Garnison unter Symptomen, welche auf die Pest hinwiesen. Trotz rascher ärztlicher Hülfe starben sämmtliche Kranke. Die Epidemie machte in der Kaserne rasende Fortschritt und der Kommandant ließ in Folge dessen die Kaserne räumen und ordnete an, daß die Soldaten in Privathäusern Quartier zu beziehen hätten. Alle Proteste der Stadtvertretung blieben fruchtlos und die natürliche Folge war, daß die Epidemie auf die Bürgerhäuser übertragen wurde. Gleichzeitig wird gemeldet, daß im Dorfe Wischenzi desselben Kreises Rusa im Gouvernement Moskau an einem Tage fünfzehn Personen erkrankten, von denen die meisten innerhalb dreier Tage der Krankheit erlagen. Bewahrheiten sich diese Mittheilungen, so ist die Epidemie im Gouvernement Moskau zum Ausbruche gelangt.

Die Pest droht aus dem Gouvernement Ssaratow nach dem benachbarten Gouvernement Tambow einzudringen. Im Bezirke Borissogljebsk dieses Gouvernements sollen bereits Pestfälle vorgekommen sein. In Folge dessen fand am 11. d. in Tambow, wie von dort der Petersburger „Rußkaja Prawda" geschrieben wird, eine außerordentliche Konferenz der Aerzte und Stadträthe statt, in welcher beschlossen wurde, die Grenzen des Gouvernements Tambow und insbesondere die des Bezirkes Borissogljebsk gegen Ssaratow vollkommen abzusperren. Die Einwohner des Bezirks Borissogljebsk wendeten sich ihrerseits an das Ministerium des Innern um die Einstellung des Verkehrs auf der Eisenbahn Zarizyn-Borissogljebsk.

In Anbetracht der Ausbreitung der Pest im Gouvernement Ssaratow wurden, wie den Petersburger „Birschewyja Wjedomosti" geschrieben wird, in der Nähe der Stadt Ssaratow zwei Lazarethe mit vierhundert Betten für das Militär und ein Spital mit 325 Betten für das Civilpublikum errichtet. Allen diesen Heil-Instituten stehen zahlreiche Aerzte und Mitglieder der Gesellschaft des „Rothen Kreuzes" vor. — Aus der Bezirksstadt Krolowetz im Gouvernement Tambow wird dem Petersburger „Golos" vom 21. d. geschrieben: „In den Dörfern Biistowo und Luknowo unseres Bezirkes ist eine Krankheit ausgebrochen, die von Anschwellungen und Hitze begleitet wird und mit dem Tode des Erkrankten endigt. Im Laufe weniger Tage sind dort fünfzig Personen dieser Krankheit zum Opfer gefallen. Es wurden gegen diese Krankheit energische Maßregeln ergriffen." Welch geringe Vorsicht die russischen Behörden entwickeln, mag der folgende Vorfall beweisen. In Moskau verbreitete sich vor einiger Zeit die Nachricht, daß eine Abtheilung Rekruten aus Enostajewsk in Moskau eintreffen werde. Das war denn doch der Bevölkerung zu viel. Aus allen Stadttheilen stürmte eine nach Tausenden zählende Menge nach dem Palais des Generalgouverneurs Fürsten Dolgorucki, von dem sie unter Drohungen verlangte, daß er die Stadt vor Verpestung bewahre. Der Generalgouverneur gab auch das Versprechen, daß die Rekruten, bevor sie die Stadt betreten dürften, einer Quarantäne unterzogen werden sollten. Die Entrüstung der Stadt gegen die Militär-Behörde ist begreiflicher Weise eine sehr große. Man findet es unverantwortlich, daß man Rekruten aus dem Rayon der Epidemie nach einer pestfreien Gegend transportirt. Einen weitläufigen Kommentar zu diesen Thatsachen können wir uns ersparen. In der hier tagenden internationalen Kommission wurde mit Recht hervorgehoben, daß die russische Regierung alle Truppendislokationen zu vermeiden habe, damit nicht von Staatswegen die Pest weitergetragen werde. Die russische Regierung ist verpflichtet, die Anordnungen, die sie zur Unterdrückung und Beschränkung der Pest getroffen hat, bekannt zu geben, denn nur auf diese Weise ist es möglich, sich ein Urtheil über den Werth dieser Anordnungen zu bilden. Es ist hier und da die Behauptung aufgestellt worden, daß in Berlin im Reichskanzleramt von russischer Seite diplomatisch intervenirt worden sei, um die Ziehung eines Grenz-Kordons möglichst hinauszuschieben und daß der bereits feststehende Entschluß dadurch fürs Erste ins Wanken gebracht wäre. Wir halten es für undenkbar, daß die Freundlichkeit gegen Rußland, die Konnivenz mit der Regierung des Zarenreichs soweit gehen könnte. Wir zweifeln nicht einen Augenblick daran, daß die Maßregel, sobald man die Ueberzeugung von ihrer Nothwendigkeit empfangen hat, sehr schleunig ergriffen werden wird. Zum Schlusse möchten wir allerdings erwähnen, daß es doch am Ende gut wäre, daß in einer Zeit, in der die Gemüther ohnehin so erregt sind, Sensations-Telegramme vermieden

werden, die den Stempel der Uebertreibung augenscheinlich an der Stirn tragen, wie das folgende, das wir in Wiener Blättern finden: „Aus Brody wird der „Gazeta Narodowa" mitgetheilt, daß dort die Zahl der Flüchtlinge aus Rußland in Folge der Pestgefahr zunehme; aus Radziwilo sind Separatzüge mit Flüchtlingen avisirt."

Ausland.

Wien, 26. Januar. Die beiden Generalredner hatten gestern das Wort, Graf Coronini für, Sturm gegen den Majoritätsantrag in der Frage des Berliner Vertrages; durch Sturm herausgefordert, vertheidigte Minister Unger noch einmal den Standpunkt der Regierung. Die heutigen Morgenblätter berichten nur mangelhaft über die Zwischenfälle, die sich ereigneten. Graf Coronini wurde mit höhnischen Zwischenrufen unterbrochen, während die Majorität mit demonstrativem Beifall die Rede des Abg. Sturm gegen das Ministerium begleitete. Er warf Dr. Unger vor, das Kaiserwort von der Uebernahme des Mandats verdreht zu haben; er hätte die Doktrin des Staatsstreiches gepredigt (tobender Beifall), für den nackten Absolutismus plaidirt, die Verfassung verstümmelt und endlich schloß der Redner mit dem Appell an das Haus, dieses Parlament zu opfern, um den Parlamentarismus und die Verfassungspartei zu erhalten. Was jetzt folgte, entzieht sich aller Beschreibung. Es war ein Bravoschreien und Klatschen, daß das Bretterhaus zitterte. Die Gallerien fielen in den Lärm ein und als der Präsident hierauf Schweigen gebot, intervenirten die Abgeordneten für das Publikum. Abg. Schönerer rief „Hoch Sturm!" kurz und gut. Noch schlimmer wurde die Sache, als Dr. Unger sich zur Vertheidigung erhob und in erregten Worten den Verrath an der Verfassung zurückwies. Der Beifall des Centrums wurde vom Zischen und Pfeifen übertäubt. Das Abgeordnetenhaus ist eben Demissionär wie die Regierung, es hat sich der letzten Rücksichten entäußert und die Dinge mögen sich am Montag, wo die Referenten zum Wort gelangen, wiederholen. Dann ist es aus.

Niemand kann daran zweifeln, welchen Eindruck diese Scene — auch die Stellung des Präsidenten wird nicht mehr geachtet — in den entscheidenden Kreisen machen mußte. Die Krise wird damit enden, daß man in Cisleithanien ein „strammes Regiment" beginnt und es sind alle Anzeichen dafür vorhanden, daß der Mann gefunden ist, der die Aufgabe übernimmt. Im Hintergrunde taucht der scharfmarkirte Kopf des Mannes auf, der allerdings das Talent besäße, die konservative Strömung im Lande dem Hause vor dem Schottenthore bei den Wahlen zuzuleiten und den kein Verfassungstreuer, der den Verstand noch nicht verloren hat, leicht schätzen wird.

Der Hohn, den man im Parlament wie in den Oppositions-Journalen dem Versuche entgegenbringt, einmal ohne oder gegen die Verfassungspartei zu regieren, scheint mir leichtfertig zu sein, ebenso wie die Behauptung, daß ein konservatives Regiment an der Kreditlosigkeit zu Grunde gehen müßte. Jedes Kabinet hat Kredit, das im Reichsrath die Majorität hat und es ist ein Akt der Selbsttäuschung, zu glauben, daß die heutige Majorität bei den Wahlen nicht deplacirt werden könne.

Provinzielles.

Stettin, 28. Januar. Durch ein Versehen beim Satze der Ordensverleihungen, welche bei Gelegenheit der Feier des Krönungs- und Ordensfestes stattgefunden haben, sind im gestrigen Abendblatte verschiedene Ordensverleihungen theils unrichtig, theils gar nicht mitgetheilt worden. Wir lassen deshalb der Vollständigkeit halber die betreffenden Verleihungen nachstehend folgen. Es haben erhalten:

Den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife:

von Behr, Kammerherr und Mitglied des Herrenhauses, auf Schmoldow, Kreis Greifswald von Garnier, Oberst und Kommandeur des 2. Pommerschen Ulanen-Regiments Nr. 9. Freiherr von Hammerstein, Oberst à la suite des Magdeburgischen Kürassier-Regiments Nr. 7 und Kommandant von Stralsund. Herrosé, Ober-Regierungs-Rath bei der Provinzial-Steuerdirektion zu Stettin. Hoyer, Ober-Regierungs-Rath zu Cöslin. von der Marwitz, Landrath zu Greifenberg i. Pomm., Graf zu Ysenburg-Büdingen- und Philipps-Eich, Oberst à la suite des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1 und Kommandant von Colberg. v. Zastrow, Rittergutsbesitzer auf Wusterhanse, Kreis Neustettin.

Den Rothen Adler-Orden vierter Klasse:

v. Blankensee, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer auf Zipkow, Kreis Stolp. Buhrow, Kreisgerichtsdirektor zu Belgard. Flügge, Rittergutsbesitzer und Kreisdeputirter auf Speck, Kreis Naugard. Hamens, Steuerinspektor zu Stettin. von Lundblad, Major im 5. pomm. Inf.-Regt. Nr. 42. v. Manteuffel, Landrath des Kreises Randow, zu Stettin. Mühlenbeck, Obergerichts Assessor a. D. und Rittergutsbesitzer auf Gr. Wachlin, Kreis Naugard. von Schlütter, Landstallmeister und Direktor des Pommerschen Landgestüts zu Labes. Schmalz, Oberförster zu Jakobshagen, Kreis Saatzig. Schmeißer, Ober-Postkassen-Rendant zu Stettin. Schmidt, Appellationsgerichts-Rath zu Stettin. Schmöckel, Rechnungs-Rath und Regierungs-Sekretär zu Cöslin. Spohn, Pastor an der St. Gertrud-Kirche zu Stettin. Dr. Susemihl, ordentlicher Professor an der Universität zu Greifswald. Unrau, Bürgermeister zu Wangerin, Kreis Regenwalde. Wellmann, Regierungs- und Baurath zu Stralsund.

— Die Unterbringung jugendlicher Uebelthäter in eine Besserungs-Anstalt ist, nach einer Entscheidung des Bundesamts für das Heimathwesen vom 7. Dezember v. J., eine sicherheitspolizeiliche Maßregel, für deren Kosten die veranlassende Polizeibehörde, nicht der betreffende Armenverband, aufzukommen hat.

— Wir berichteten vor einigen Tagen von einem Manne, welcher am 18. d. Mts. auf der Grenzstraße sich so auffallend benahm, daß zu seiner Verhaftung geschritten werden mußte, welcher auch in der Kustodie nicht aufgenommen wurde, da der dortige Inspektor in dem Glauben war, einen Wahnsinnigen vor sich zu haben. Wie sich jetzt herausgestellt hat, war der Mann der Arbeiter Wittkopp aus Pölitz, welcher erst vor Kurzem eine dreimonatliche Gefängnißstrafe hierselbst verbüßen sollte, aber nachdem er 14 Tage im Gefängniß zugebracht hatte, daraus entlassen wurde, weil er im tobenden Zustande in seiner Zelle einen Ofen demolirt hatte und vom Arzte als geisteskrank erklärt war.

— Zur Warnung theilen wir folgenden Fall mit: Vor einigen Tagen schickte eine auf der Fuhrstraße wohnhafte Frau ihr Kind in die Nachbarschaft, um eine Bestellung zu machen. Vor der Thüre gesellte sich ein unbekannter Mann zu dem Kinde, frug dasselbe, wo es immer das Brod für die Mutter hole und als das Kind darüber Auskunft gegeben, beauftragte er es im Namen der Mutter, die er soeben gesprochen haben wollte, ein Brod zu holen. Das Kind kam dem Auftrag auch nach, doch kaum betrat es mit dem Brode die Straße, da entriß ihr der Mann dasselbe und entlief damit. Natürlich kannte die Mutter weder den Mann, noch hatte sie ihm einen Auftrag gegeben.

— Durch Erkenntniß des Polizeirichters vom 24. d. Mts. ist der Büdner August Grams aus Podejuch wegen Verkaufs gefälschter Milch zu 50 Mark Geldbuße eventuell 10 Tage Haft und Konfiskation der gefälschten Milch verurtheilt worden.

— Man vermuthet, daß der Arbeiter, welcher in dem Feldberg'schen Geschäfte einen Mantel herabriß und damit entlief, sich mit der Angabe, C. F. W. Beyer aus Klütz zu heißen, einen falschen Namen beigelegt habe. Dem Vernehmen nach giebt es nur einen Arbeitsmann dieses Namens, nämlich den Arbeiter Ch. F. Beier in Klütz, der ein durchaus unbescholtener Mann ist, auch am Tage der That gar nicht in Stettin, sondern in Klütz war, und daher mit demselben nicht in der mindesten Verbindung steht.

Bergen, 27. Januar. (Str. Ztg.) Eine Schlittenfahrt seltener Art vollzog sich hier vor einigen Tagen. Unsere Königsstraße fällt nämlich vom Markte aus — besonders in ihrem unteren Verlaufe — bedeutend ab, während die linke Häuserreihe horizontal fortläuft, so daß die Letztere auf einem von der Straße durch eine Felsenmauer begrenzten Ufer liegt, zu welchem vom unteren Theile der Straße eine etwa 30 Stufen zählende Steintreppe hinaufführt. Nur eine Straßenbreite von der obersten Stufe dieser Treppe entfernt liegt das Grundstück des Mühlenbesitzers W., dessen Schlitten, außer dem Fahrer zwei junge Damen enthaltend, eine Fahrt nach Putbus machen soll. Bei der Abfahrt vom Hofe und dem weiteren Umbiegen nach rechts zerbrechen die übermüthig tänzelnden Pferde die Deichsel, wodurch dem Fuhrmann die Möglichkeit, den Schlitten zu lenken, verloren geht. Von Letzterem gedrängt fliegen die Pferde sausend dem schräge abfallenden Ufer zu; der Schlitten wird an den die Treppe begrenzenden Prallstein geworfen und dadurch werden die drei Insassen auf und über die Treppe hinausgeschleudert, während die Pferde von der Mauer auf die Königsstraße herabstürzen. Hier von einigen Männern erfaßt, werden sie zum Stehen gebracht, indeß oben die drei Passagiere sich langsam aus dem Schnee erheben. — Bei dieser wie zum Halsbrechen angelegten Rutschpartie haben die betheiligten Menschen und Pferde auch nicht die Spur einer Verletzung davon getragen. Unter Lachen ging bald darauf die Fahrt nach Putbus vor sich. Von den Zuschauern des grausigen Schauspiels aber waren einige vor Schrecken ohnmächtig zusammengesunken.

Vermischtes.

— Aus Konstantinopel wird berichtet: Es geht das Gerücht, daß der Ex-Sultan Murad seinem Ende zueilt. Der Schlag soll ihn gerührt haben. Von „offiziöser" Seite wird dieses angeblich tödtliche Uebel seiner Trunksucht zugeschrieben. Andere sprechen von einer Vergiftung, die auch allgemein als Ursache seiner Auflösung gilt. Darob herrscht große Aufregung unter dem Volke. Das Gerücht verbreitet sich mit Blitzesschnelle. Das Volk erwartet eine große Wendung. Man denkt, daß nach dem Tode Murad's der Sultan nicht mehr fürchten werde, seinen Thron zu verlieren, und daß er dann Midhat zurückberufen werde. Im Publikum ist sogar schon die Nachricht vom Tode Murad's verbreitet, doch ist dieselbe von amtlicher Seite noch nicht bestätigt. Das Volk hält Murad's Tod für einen gewaltsamen und bringt denselben mit allerlei geheimnißvollen Umständen in Verbindung. Man erzählt sich das sensationelle Detail, daß Murad ungefähr vor acht Tagen in unerforschlicher Weise Mittel und Wege fand, um mit dem Sultan unter vier Augen zusammenzukommen. Er soll dem Sultan haben melden lassen, daß er ihm eine außerordentlich wichtige Mittheilung zu machen habe, welche nicht nur die Person des Sultans, sondern die Zukunft des Reiches und den Bestand des Thrones betreffe. Murad ließ durch den Vermittler den Wunsch aussprechen, daß von der Zusammenkunft gewisse, von ihm genannte Paschas nicht verständigt werden, sondern daß dieselbe ganz im Geheimen stattfinden. Die Zusammenkunft soll auch stattgefunden haben. Die beiden Brüder sollen eine lange Unterredung gehabt haben — worüber, weiß Niemand zu sagen. Man erwähnt nur, daß der dienstthuende Palastbeamte gehört habe, wie Murad beim Abschied traurig sagte: „Wir werden uns schwerlich wieder sehen." Dann schieden die beiden Brüder mit einem leidenschaftlichen Händedruck. Bald nach diesem Ereignisse habe der intriguante und gefährliche Said Pascha beim Sultan Audienz verlangt. Der Sultan erbebte und sprach: „Diesen Menschen will ich nicht mehr sehen." Said ist die Sache gleich zu Ohren gekommen. Er ließ durch seine Späher, welche den Hof überschwemmen, der Ursache dieses Ereignisses nachforschen und entdeckte dieselbe in der Zusammenkunft Murad's mit dem Sultan. Kurze Zeit darauf geschah es, daß Murad, der im Genuß der Speisen sonst sehr vorsichtig war, beim Morgenkaffee, als er die Tasse an den Mund gesetzt hatte, wie todt zu Boden stürzte Einige halten dies für einen Schlagfluß, Andere glauben an eine Vergiftung und zweifeln nicht, daß Murad gestorben und im Geheimen beerdigt worden sei.

— Wittwe Bassel. In Paris starb dieser Tage eine Frau, deren Energie und Muth einst dem kaiserlichen Frankreich imponirte. Frau Bassel war die Mutter des jungen Husaren Offiziers Eugen Bassel, welcher sich in eine Verschwörung gegen das Kaiserreich eingelassen und dafür auf dem Fort Gregoire zu Oran eingesperrt wurde. Der junge Republikaner wurde hier im Kerker mit so nichtswürdiger Grausamkeit behandelt, daß seine unerschrockene Mutter Napoleon III. nachstehenden Brief schrieb:

Mein Sohn, französischer Offizier und wie ich Republikaner, wird von Ihren Kerkermeistern zu Oran wie eine wilde Bestie behandelt In den Morast gebettet, ohne Luft und Licht, ohne ausreichende Nahrung, läßt man ihn unter langsamer Marter sterben! Es wäre großmüthiger, wenn Sie seinen Qualen ein Ende machten.

Ich bitte Sie daher dringend, mein Kind sofort erschießen zu lassen. Rächen Sie sich doch wie ein Kaiser, aber handeln Sie nicht wie ein Tiger.

Wittwe Bassel, 9 Lamandestraße.

Der Tiger auf dem Kaiserthron war fest entschlossen, der tapfern Mutter dasselbe Schicksal zu bereiten wie dem Sohne; nur durch die Intervention des Marschalls Vaillant wurde sie gerettet. Der junge Bassel erlag kurze Zeit darauf im Kerker seinen Qualen Die arme Mutter erlebte noch den Sturz des Tigers — eine geringe Genugthuung für all die entsetzlichen Seelenqualen, welche dieser ihr bereitet hatte.

— Fürst Bismarck soll, einer unverbürgten Mittheilung zufolge, das Schloß Theres bei Haßfurt in Unterfranken angekauft haben.

Viehmarkt.

Berlin, 27. Januar. Es standen zum Verkauf: 1604 Rinder, 6614 Schweine, 850 Kälber, 4346 Hammel.

In Folge des wiederum recht starken Auftriebes und des schlechten Verlaufs der Wochenmärkte verlief das heutige Geschäft flauer wie je, so daß eine maßgebende Preisnormirung ihre Schwierigkeiten hat. Zwar versuchten die Verkäufer die letzt erzielte Höhe zu erreichen, mußten aber in vielen Fällen nachgeben; es wurde bezahlt: Prima circa 57—60, Sekunda 48—50, Tertia 36—38 Mk. pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Der Auftrieb von Schweinen war um circa 2000 Stück geringer ausgefallen, als vor acht Tagen und bewirkte dieser Umstand zwar eine angemessene Preissteigerung, doch zog sich das Geschäft ziemlich lange hin, da die Käufer sich den erhöhten Forderungen nur zögernd fügten: Mecklenburger 47—48, Landschweine 44—46, Russen 38—39 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht. Bakuner circa 42 Mark bei 45—50 Pfund Thara.

Für Kälber blieben Geschäft und Preise unverändert und zwar 40—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Hammel waren fast ausschließlich in guter Waare am Platze und da außerdem der Begehr momentan nur sehr gering ist, ließen sich bei langsamem Geschäftsverlauf durchschnittlich nur 40—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht erreichen.

Telegraphische Depeschen.

München, 27. Januar. Der Reichsrath hat die vier Ausführungsgesetze zu den Reichsjustizgesetzen einstimmig angenommen. In dem Ausführungsgesetze zu dem Gerichtsverfassungsgesetz wurde der von der zweiten Kammer gestrichene Artikel 55, betreffend die Besetzung der Amtsanwaltschaft in den unmittelbaren Städten, auf den Antrag v. Pözl's wiederhergestellt.

Wien, 27. Januar. Herrenhaus. Fürst Khevenhüller und Baron Koellner legten aus Gesundheitsrücksichten ihr Delegationsmandat nieder. Hein beantragte die Einsetzung eines aus 15 Mitgliedern bestehenden Ausschusses zur Vorberathung des Berliner Vertrages. Der Antrag wurde angenommen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurden der Handels-Vertrag mit Italien nebst dem Uebereinkommen betreffend die Viehseuche, und der Handels-Vertrag mit Frankreich genehmigt. Der Termin für die nächste Sitzung ist noch unbestimmt.

Im Abgeordnetenhause wurde die Debatte über den Berliner Vertrag fortgesetzt. Der Referent der Minorität, Herbst, wies bezüglich der jüngsten Angriffe gegen ihn auf seine parlamentarische Vergangenheit hin und sagte, wer mit Koth beworfen oder mit vergifteten Pfeilen beschossen werde, habe das Recht zu stillem, aber beredtem Schweigen. Redner erklärte, wenn das Minoritätsvotum nicht angenommen würde, so würde er für die Ablehnung des Berliner Vertrages stimmen; Herbst betonte die finanziellen und staatsrechtlichen Wirren, welche die Okkupation zur Folge hätte, hob hervor, daß er an dem in der Adresse dargelegten Standpunkte festhalte und appellirte an das Gefühl der Verantwortlichkeit der Abgeordneten der Bevölkerung gegenüber. Der Referent der Majorität, Eduard Süß, erkannte die großen parlamentarischen Verdienste Herbst's an. Die von dem Grafen Andrassy in der orientalischen Frage befolgte Politik sei die richtige, die Besetzung Bosniens liege im Sinne des Fortschrittes und habe Oesterreich die Sympathien ganz Europas verschafft. (Beifall) Süß bekämpfte ferner die Resolution Scharschmidt's, sowie den Minoritätsantrag, welcher inkonsequent sei. Der Majoritätsantrag entspreche thatsächlich der Adresse, da durch denselben die Rechte des Parlaments gewahrt würden. Der in der orientalischen Frage befolgten Politik verdanke Oesterreich sein gegenwärtiges hohes Ansehen in Europa. — Der Ministerpräsident Fürst Auersperg erklärte, in Folge der in Betreff der Administration Bosniens stattgehabten Konferenzen seien alle Faktoren von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Administration sehr wohlfeil einzurichten sei und daß das Land die Kosten in kurzer Zeit werde tragen können.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wurde der Antrag Pacher (Uebergang zur Tagesordnung) mit 203 gegen 58 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Hausner wurde mit allen gegen 32 Stimmen und der Antrag Dunajewski (den Vertrag zur Kenntniß zu nehmen) bei namentlicher Abstimmung mit 181 gegen 90 Stimmen abgelehnt. Der Minoritätsantrag Herbst wurde mit 172 gegen 78 Stimmen abgelehnt und der Majoritätsantrag (dem Vertrage von Berlin wird die verfassungsmäßige Zustimmung ertheilt) mit 154 gegen 112 Stimmen angenommen. Der Zusatzantrag Fux wurde zurückgezogen und die Resolution Scharschmidt's in ihrem ersten Theile, welcher dem Majoritätsantrage entspricht, mit 149 gegen 111 Stimmen angenommen. Der zweite Theil der Resolution wurde dagegen abgelehnt

Wien, 27. Januar. Ein Telegramm des österreichisch-ungarischen Botschafters in Petersburg vom 25. d. meldet: Nach den dem russischen Ministerium des Innern zugegangenen offiziellen Berichten ist in Wetlianka am 8. und 9. Januar alten Styls je ein Todesfall vorgekommen. Seitdem kein neuer Fall. In allen anderen von der Epidemie ergriffenen Orten haben neue Erkrankungen nicht stattgefunden. Die Epidemie nimmt entschieden an Intensität ab, was der herrschenden Kälte von 14 Grad zuzuschreiben sein dürfte. Es geschieht alles Mögliche, um der Weiterverbreitung der Krankheit vorzubeugen; so wurde neuerdings ein Kosakenregiment zur Verstärkung der Cernirung entsendet. Die Abschließung soll eine vollständige sein. — Eine Depesche des österreichischen Konsuls aus Moskau vom 25. d. berichtet: Eine dienstliche Meldung aus Rusa im Gouvernement Moskau bezeichnet das Gerücht, daß daselbst eine Epidemie ausgebrochen sei, als gänzlich unbegründet.

Wien, 27. Januar. Die „Pol. Korresp." meldet:

Aus Konstantinopel: Wie verlautet, hätte das englische Kabinet die ausdrückliche Stipulirung einer eventuellen Verlängerung der Vollmachten der ostrumelischen Kommission um drei Monate für überflüssig erklärt, weil eine solche Verlängerung aus dem Berliner Vertrage herzuleiten sei. Im Uebrigen bestätige es sich, daß Rußland seither einer Verlängerung der Vollmachten zugestimmt habe. Der russisch-türkische Friedensvertrag war gestern Mittag noch nicht unterzeichnet, obwohl es sich nur noch um die Bewilligung von 400,000 Fres. für den Unterhalt der türkischen Gefangenen handeln soll.

Server Pascha hat den ihm angebotenen Botschafterposten in Wien abgelehnt.

Aus Belgrad: Das Ministerium beabsichtigte die Skupschtina wegen der wachsenden Opposition gestern zu schließen. Die Interpellation über die Finanzoperation im Jahre 1872, an welcher der Schwiegervater des Ministerpräsidenten Hadji Toma betheiligt war, führte zu sehr leidenschaftlichen Debatten.

Die nächste Session soll im März d. J. stattfinden.

Alle russischen Dampfschiffe mit den Kanonen, sowie die Schleppschiffe, welche während des Krieges in der Donau stationirt waren, sind Serbien zum Geschenk gemacht worden.

Paris, 27. Januar. In einer Unterredung zwischen dem Unterrichtsminister und dem Erzbischof von Paris soll der Erstere auf das Bestimmteste erklärt haben, daß im nächstjährigen Etat die Subventionen für die theologischen Fakultäten in den Provinzen herabgesetzt werden würden.

Rom, 27. Januar. Das Gericht in Neapel berief zur Untersuchung des geistigen Zustandes Passanantes die Professoren Tommasi, Bonowo und Tamburini. — Senator Garelli hat eine Interpellation wegen der etwa beabsichtigten Maßregeln gegen die Pest eingebracht. Der Handelsvertrag mit der Schweiz darf als wahrscheinlich gescheitert betrachtet werden. Statt dessen hat ein Meistbegünstigungsvertrag Aussicht auf Annahme.

In Neapel wird für den November eine Gedenkfeier des Unterganges von Pompeji vorbereitet. An alle Archäologen Europas sollen Einladungen ergehen.

London, 28. Januar. Der Emir von Afghanistan Schir Ali kehrt nach seiner Hauptstadt zurück. die Engländer marschiren nicht nach der Hauptstadt. Candahar wird englisch.

Das Kabinet beschloß, sofort Truppen nach Afrika wegen des Kaffernkrieges zu senden.